Diakonie
Bremen

IN DER NÄCHSTEN NÄHE

JAHRESBERICHT
2012

Diak

Wohnen ist ein Menschenrec
„Jeder Bewohner der Freien
Hansestadt Bremen hat Anspruch
auf eine angemessene Wohnung.
Es ist Aufgabe des Staates und der
Gemeinden, die Verwirklichung
dieses Anspruches zu fördern."

Inhalt

Jahresbericht 2012

4 Vorwort: Landespfarrer Michael Schmidt
5 Grußwort: Peter Schmaltz

NEUES AUS DEM LANDESVERBAND
6 Auseinandersetzung um kirchliches Arbeitsrecht
8 Profil und Selbstverständnis

10 LOKALE UND INTERNATIONALE PROJEKTE GEGEN GEWALT
12 Beratungsstelle gegen Menschenhandel
14 Beratungsstelle gegen Arbeitsausbeutung
15 Runder Tisch Heimkinder
16 Aktionsbündnis Wohnungsnot

AKTUELLES AUS BREMEN
18 Freiwilligenarbeit
20 Grabstelle Wohnungslose
22 Filmfest
24 Bremer Partnerschaft mit Schäßburg

DIAKONIE WELTWEIT
26 Landgrabbing

DIAKONISCHES WERK BREMEN
28 facebook
29 Mitglieder
30 Organigramm
31 Geschäftsstelle

32 Impressum

Michael Schmidt
Vorwort

Landespfarrer und Geschäftsführer des Diakonischen Werkes Bremen e.V.

Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir *(Hebräer 13, 14)*

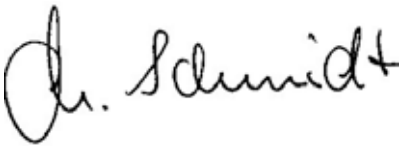
Seit fast fünf Jahrzehnten engagiert sich das Diakonische Werk Bremen e.V. als Wohlfahrtsverband in der Stadt und im Land Bremen. Auch wenn wir im Verein und über die Geschäftsstelle keine eigenen Angebote zur Begleitung, Beratung, Unterstützung oder Hilfe in dieser Stadt vorhalten, so organisieren und begleiten wir doch den kollegialen und fachlichen Austausch zwischen den Mitgliedern, vertreten wir die Anliegen der Diakonie in der Kirche und städtischen Öffentlichkeit und sind vor allem und in erster Linie „Anwälte“ für all die Menschen, die auf die Solidarität der Gesellschaft angewiesen sind, um ein Leben in Teilhabe und Gerechtigkeit führen zu können.

Dabei verstehen wir uns nicht allein als „Helfer in der Not“, die einen gerechten Ausgleich einfordern oder dazu beitragen ihn herzustellen, sondern wir bringen uns darüber hinaus sehr aktiv in die Veränderung unserer Gesellschaft für eine gemeinsame und gelingende Zukunft ein. Als Christen haben wir eine sehr konkrete Vorstellung davon, wie die menschliche Gemeinschaft sein kann, wenn Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität verwirklicht werden. So ist unser Rückblick auf das Jahr 2012, den wir auf den folgenden Seiten vorlegen, keine Bilanz des Erreichten, auf dem wir uns ausruhen oder mit dem wir etwas Dauerhaftes geschaffen hätten, sondern lediglich ein weiterer Schritt auf dem Weg.

Das Ziel eines gerechten Miteinanders in Bremen wie auch weltweit ist uns vorgegeben, es ist die zukünftige Stadt, nach der wir nicht nur suchen, sondern an deren Gestaltung wir aktiv mitwirken. Mit vielen kleinen und großen Projekten und Aktivitäten zeigen wir auf, wie sie sich verwirklichen lässt beziehungsweise was dafür noch getan und verändert werden muss.

Auf den folgenden Seiten geben wir von daher nicht nur Rechenschaft über unser Tun in der Vergangenheit, sondern beschreiben auch unsere Perspektiven für die Zukunft. Wir würden uns freuen, wenn auch Sie uns dabei schon in der Gegenwart unterstützen.

Ihr
Michael Schmidt



Mehr Gemeinsamkeit bei Wahrung der eigenen Tradition

Peter Schmaltz
Grußwort

Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werkes Bremen e.V.

Liebe Mitglieder und Freunde des Diakonischen Werkes Bremen, in diesem Heft legen wir Ihnen einen Bericht über die vielfältige Arbeit des Diakonische Werkes Bremen vor und beleuchten drängende Fragen, die uns auch im Vorstand bewegen. Es ist ermutigend, dass wir uns im Vorstand und in der Mitgliedschaft auf ein gemeinsames diakonisches „Profil und Selbstverständnis“ verständigt haben, das eine weitere gemeinsame Grundlage unserer Arbeit darstellt. Dieser Schritt spornt uns an, diese Gedanken des Vorstands auch in der täglichen Praxis umzusetzen. Im Profil und Selbstverständnis geht es unter anderem um die Erkennbarkeit von Diakonie, sozusagen um den Markenkern diakonischen Handelns. Wie beispielsweise unter der Fragestellung: „Was dürfen Menschen erwarten, wenn sie ein diakonischen Altenheim wählen oder zur Behandlung in ein diakonisches Krankenhaus gehen?“

Weiter greift das Profilpapier Themenbereiche wie Spiritualität, Ökonomie und anwaltschaftliche Aufgaben auf und entwirft gemeinsame Strategien des Handelns. Es ist klar, dass dieses Papier nur der Anfang einer Diskussion sein kann. Es soll vielmehr zur Gesprächsgrundlage der Weiterentwicklung des Profils der Diakonie in Bremen dienen. Gern stellen wir es interessierten Menschen zur Verfügung.

Die Einsicht, dass wir mit verstärkter Gemeinsamkeit in der Öffentlichkeit besser wahrgenommen und in den Verhandlungen mit den Kostenträgern eine stärkere Position haben, hat immer mehr Befürworter. Es gilt, eine gute Balance zwischen den berechtigten Interessen und Traditionen der einzelnen Mitglieder und den Möglichkeiten übergreifender Zusammenarbeit zu finden.

Um unserem Auftrag als Kirche und Diakonie gerecht zu werden, werden wir auch künftig in der Öffentlichkeit und gegenüber der Politik unsere Stimme deutlich zugunsten der Menschen erheben, denen wir helfen und die wir betreuen.

Ein Beispiel dafür ist das Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen, das sich mit Unterstützung des Diakonischen Werkes und der Inneren Mission für bezahlbaren Wohnraum in Bremen stark macht.

Der Vorstand und auch ich ganz persönlich bedanken sich bei allen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Diakonie, die sich im vergangenen Jahr für ihre Mitmenschen engagiert haben.

Mit herzlichen Grüßen und besten Wünschen für das neue Jahr

Ihr
Peter Schmaltz

Auseinandersetzung um kirchliches Arbeitsrecht

Dritter Weg – der Weg in die Zukunft

Die Kirchen haben in Deutschland das Recht, ihre Angelegenheiten selber zu regeln. So bestimmt es das Grundgesetz in Artikel 140. Diese Befugnis gilt nicht nur für Kirchengemeinden, evangelische Landeskirchen oder katholische Bistümer, sondern auch für die zu den Kirchen gehörenden Einrichtungen der Diakonie und Caritas.

Beide große Kirchen machen von diesem Recht unterschiedlich intensiv Gebrauch. Gemeinsam ist ihnen jedoch, dass sie für die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kirche, Diakonie und Caritas einen eigenen und sehr ähnlichen „Weg“ beschreiben, den so genannten „Dritten Weg“. Anders als in der unmittelbaren und individuellen Vertragsgestaltung zwischen einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer („Erster Weg“) oder über die Aushandlung von Tarifverträgen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften („Zweiter Weg“), gestalten im kirchengemäßen Verfahren paritätisch besetzte Kommissionen aus Arbeitgebern (Dienstgeber) und Arbeitnehmern (Dienstnehmer) gemeinsam das jeweils geltende Arbeitsrecht.

Neben der unmittelbaren Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Arbeitsrechtlichen Kommissionen ist der Verzicht auf Arbeitskampfmaßnahmen wie Streik oder Aussperrung eine wesentliche Eigenschaft des Dritten Wegs und ein Kennzeichen für die Dienstgemeinschaft, die das Miteinander von Arbeitgeber und Arbeitnehmern beschreibt. Lösungen werden nicht im Konflikt, sondern durch den Konsens in einer für beide Seiten verbindlichen Schlichtung gesucht und gemeinschaftlich gefunden.

Mitunter wird vom Dritten Weg als einem „Sonderweg“ für die Kirchen gesprochen, als handele es sich dabei um eine „halb-legale“ Ausnahme oder eine besondere Regelung. Dem gegenüber ist ausdrücklich festzustellen, dass es sich bei dieser Gestaltungsfreiheit um ein den Kirchen eigenes Grundrecht handelt, das erfolgreich für etwa 1,2 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland angewandt wird. Die Kirchen mit Diakonie und Caritas erreichen damit zurzeit schon eine bindende Wirkung für weit mehr als 80 Prozent aller Arbeitsverhältnisse in ihrem Bereich. Diese Bindung ist außergewöhnlich hoch, denn im Jahr 2010 wurden in Deutschland nur noch 63 Prozent aller Beschäftigten durch Tarifverträge erfasst. (Quelle: Statistisches Taschenbuch Tarifpolitik 2012 – Hans-Böckler Stiftung)

Über lange Zeit war dieser Weg unumstritten, weil im Selbstkostendeckungsprinzip die Einnahmen auch für die Refinanzierung der Löhne und Gehälter ausreichend war. Seitdem aber die soziale Arbeit und ihre Anbieter sich ebenfalls auf dem Markt behaupten müssen und dieser Wettbewerb nicht nur über die Qualität sondern auch über den Preis ausgetragen wird, findet die Lohnfindung zumindest in der Diakonie unter anderen Vorzeichen statt. Die Tarife des Öffentlichen Dienstes, die lange Jahrzehnte als Leitschnur dienten, haben ihre prägende Wirkung verloren.

So führte der Diskurs über die Lohnhöhen letztlich auch zu einem Streit über die Frage, wie die Löhne und Gehälter in der Diakonie ausgehandelt werden, und es kam zu einer Klage vor dem Bundesarbeitsgericht. Die Fragestellung: Dürfen Gewerkschaften Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diakonischen Einrichtungen zu Streik und Arbeitskampf aufrufen beziehungsweise ist der Dritte Weg, innerhalb der Dienstgemeinschaft mit einer verbindlichen Schlichtung zu konsensualen Ergebnissen zu kommen, grundgesetzlich geschützt?

Am 20. November 2012 hat das Bundesarbeitsgericht in Erfurt in letzter Instanz geurteilt:
„Verfügt eine Religionsgesellschaft über ein am Leitbild der Dienstgemeinschaft ausgerichtetes Arbeitsrechtsregelungsverfahren, bei dem die Dienstnehmerseite und die Dienstgeberseite in einer paritätisch besetzten Kommission die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten gemeinsam aushandeln und einen Konflikt durch den neutralen Vorsitzenden einer Schlichtungskommission lösen (sog. Dritter Weg), dürfen Gewerkschaften nicht zu einem Streik aufrufen. Das gilt jedoch nur, soweit Gewerkschaften in dieses Verfahren organisatorisch eingebunden sind und das Verhandlungsergebnis für die Dienstgeberseite als Mindestarbeitsbedingung verbindlich ist.“
(Pressemitteilung vom 20. November 2012 - Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 20. November 2012 - 1 AZR 179/11)

Damit hat das Bundesarbeitsgericht einerseits den Dritten Weg grundsätzlich als dem Grundgesetz gemäß bestätigt, aber zugleich seine Verbindlichkeit angemahnt.

Bremer Weg

Für das Diakonische Werk Bremen bedeutet dieses Urteil, dass im Vorstand und in der Mitgliedschaft diskutiert und geprüft wird, welche Folgerungen daraus gezogen werden müssen. Denn die Satzung des Diakonischen Werkes e. V. kennt seit seiner Gründung vor genau 50 Jahren keine Bestimmung, die sich zur Frage der Arbeitsrechtsregelung in seinen Mitgliedseinrichtungen verhält. Das ist in der bundesdeutschen Diakonie, die ihre Mitglieder ansonsten auf den Dritten Weg oder in Ausnahmen zu kirchlichen Tarifverträgen verpflichtet, eine einmalige Situation – und möglicherweise auch eine einmalige Chance.

Im Bundesland wie in der Stadt Bremen sind nicht zuletzt unter den Bedingungen der Schuldenbremse und Abbau der Neuverschuldung für die öffentlichen Haushalte bis 2020 die Herausforderungen groß – mit Auswirkung auf die soziale Arbeit diakonischer Einrichtungen:

- *Die hoch motivierten und sehr gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen einen angemessenen Lohn für ihre Arbeit erhalten.*
- *Jungen und neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollen attraktive Arbeitsplätze angeboten werden.*
- *Die Leistungen der diakonischen Anbieter müssen bezahlbar bleiben.*
- *Die wirtschaftliche Zukunft der Einrichtungen im Wettbewerb des Sozialmarktes muss gesichert werden.*
- *Die Innovations- und Investitionskraft der diakonischen Einrichtungen muss erhalten bleiben.*

Gerade der Dritte Weg bietet viele Möglichkeiten, um zwischen den unterschiedlichen Herausforderungen zu einem fairen Interessenausgleich zu kommen und auch in Bremen weiterhin professionell diakonische Hilfe in sozialen Notlagen anzubieten. Denn er schafft eine Balance zwischen allgemein verbindlichen Vorgaben und trägerspezifischen Einzelfalllösungen.

Zwei große diakonische Einrichtungsträger in der Mitgliedschaft des Diakonischen Werkes Bremen haben etwa zur gleichen Zeit der Verhandlungen vor dem Bundesarbeitsgericht innerhalb ihrer Dienstgemeinschaft Vereinbarungen treffen können, die diesen Ausgleich schaffen:

- *Abweichungen vom eigentlichen Lohn sind zeitlich befristet und werden mit konkreten Maßnahmen zur Zukunftssicherung verbunden.*
- *Alle Beschäftigten tragen solidarisch zur Arbeitsplatzsicherheit bei.*
- *Die weitere Entwicklung wird gemeinsam bewertet und Veränderungen werden aufgenommen.*

Leitungen und Mitarbeitervertretungen tragen auf diese Weise gemeinsam Verantwortung für die Zukunft der diakonischen Einrichtung. Sie können dies direkt und unmittelbar, also ohne die Beteiligung von Gewerkschafts- oder anderen Arbeitgeberverbands-Funktionären, die ihrerseits auch anderen Interessen verpflichtet sein können.

Zustande gekommen sind diese Vereinbarungen innerhalb der Möglichkeiten des Dritten Wegs und im Konsensverfahren, ohne dass darüber ein Arbeitskampf geführt worden wäre. Dies festigt das Vertrauen in die Diakonie, ein verlässlicher Anbieter und Partner in der sozialen Arbeit zu sein. Zugleich steigert es die Attraktivität der mehr als 3.000 diakonischen Arbeitsplätze in Bremen.

Das Bundesarbeitsgericht überlässt der Diakonie letztlich die Entscheidung, für welche Form der Aushandlung der Arbeitsbedingungen sie sich entscheidet – aber entscheiden muss sie sich und diese Entscheidung dann auch klar und verbindlich regeln. Für das Diakonische Werk Bremen e. V. bietet sich damit einerseits die Chance, sich dem Dritten Weg anzuschließen. Sollte dies aber bei den Herausforderungen in Bremen nicht (mehr) möglich sein, eröffnet das Urteil andererseits die Möglichkeit, in den offenen Diskurs mit Mitarbeitervertretungen einzutreten, wie die diakonische Arbeitsverhältnisse fair und zukunftsfähig gestaltet werden können, damit die Diakonie auch weiterhin ihren wichtigsten Auftrag erfüllen kann:

Mit qualifizierten Angeboten der Nächstenliebe in der Nächsten Nähe zu sein…

Profil und Selbstverständnis

Kern diakonischer Arbeit

Die beiden großen Kirchen sind mit mehr als 900.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in fast 53.000 Einrichtungen, Diensten und Initiativen gemeinsam die größten Anbieter sozialer Dienste in Deutschland und haben in der Vergangenheit das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat wesentlich geprägt. Doch trotz ihrer Geschichte und der hohen Präsenz der kirchlich diakonischen Angebote ist vielfach die Motivation zur guten Tat aus dem Glauben heraus und das Spezifische des christlichen Handelns in unserer Gesellschaft nicht mehr selbstverständlich – weder für die Menschen, die ein solches Angebot nutzen, noch für die Kostenträger, die diese Hilfsangebote finanzieren.

Diakonie und Caritas werden als Dienstleister der Sozialwirtschaft gesehen, wie es auch andere freigemeinnützige oder gewerbliche Anbieter am Markt und im Wettbewerb gibt. Und auch viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können nicht mehr auf Anhieb beschreiben, was das besondere, christliche Profil ihrer Arbeit ist, wo es in ihrem Arbeitsalltag sichtbar wird oder wodurch sich diakonische Einrichtungen in ihren Angeboten als *diakonische* Einrichtungen und Dienste erkennbar machen.

Diakonische Konturen

Um der Diakonie in Bremen nach innen wie nach außen klarere Konturen zu geben und über das als evangelisch-diakonische Selbstverständnis intern wie extern ins Gespräch zu kommen, hat sich der Vorstand des Diakonischen Werkes einem ausführlichen Diskussionsprozess gestellt. Im Ergebnis wurden wesentliche Positionen für die bremische Diakonie und ihre Mitglieder formuliert und für die weitere Diskussion zusammengestellt.

Diese Positionen und Aussagen über das Selbstverständnis als evangelischer Wohlfahrtsverband, die auf der Homepage des Diakonischen Werkes (www.diakonie-bremen.de) nachgelesen werden können, sollen sowohl für die interne Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bremischer diakonischer Einrichtungen wie auch für die breite Diskussion zum Beispiel in der Kirche oder der interessierten Öffentlichkeit genutzt werden.

Denn aufgrund der sich verändernden sozialstaatlichen Bedingungen, die zukünftig auch zu Leistungskürzungen innerhalb der sozialen Sicherungssysteme führen werden, ist es unerlässlich beschreiben zu können, wofür diakonische Angebote stehen und an welchen Maximen sie sich orientieren. Dies insbesondere:

- *Im Hinblick auf den Umgang mit den Menschen, für die wir unsere Dienste anbieten, und ihre Bedürfnisse und Bedarfe*
- *Im Hinblick auf den Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich engagiert und sehr gut qualifiziert einbringen und ihre Beteiligung wie auch ihre sachgerechte Entlohnung*
- *Im Hinblick auf die weitere Entwicklung und fachliche Ausgestaltung des sozialen Angebots, die Zukunftsfähigkeit der Einrichtungen wie auch die Sicherheit der Arbeitsplätze.*

Denn wenn sich die Frage stellt, zu welchen Bedingungen diakonische Angebote noch sinnvoll erbracht werden können oder wann und mit welcher Begründung diakonische Einrichtung die Verantwortung für bestimmte Arbeitsfelder an den Sozialstaat zurück geben, kann die Entscheidung nur auf dem Hintergrund einer Abwägung zwischen dem eigenen Anspruch und Selbstverständnis und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen getroffen werden. Genau dazu ist das Profil zu schärfen und das Selbstverständnis zu bestimmen. Der Vorstand des Diakonischen Werkes ebenso wie die Geschäftsführung des Verbands laden zu einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Positionspapier ein.

Diakonie
Lass uns Freunde sein.
Diakonie
Menschlichkeit braucht Unterstützung

Dr. Jürgen Stein

Stellvertretender Geschäftsführer des Diakonischen Werkes Bremen e.V.

Lokale und internationale Projekte gegen Gewalt

Vertrauen schaffen – Tabus beseitigen

Das Diakonische Werk Bremen setzt sich – wie Diakonie und Kirche überhaupt – aufgrund des Selbstverständnisses grundsätzlich für die Idee eines gewaltfreien, kooperativen und solidarischen Miteinanders in allen gesellschaftlichen Bereichen ein. Alle diakonische Arbeit ist dem biblischen Menschenbild verpflichtet. Sie achtet die Würde eines jeden Menschen. Dabei ist es ganz gleich, welcher Religion, Hautfarbe oder Nationalität der Mensch ist. Leben kann nur gelingen, wenn es möglichst frei von Gewalt ist. Soweit das Ideal.

Die Diakonie kennt aber auch die Lebenslage der Menschen. Und sie weiß darum, dass Gewalt in der Vergangenheit und Gegenwart das Leben der Menschen bestimmt: Gewalt gegen Schutzbefohlene, Gewalt zwischen Mann und Frau, Gewalt, die sich durch Ausgrenzung, Ausbeutung und Armut äußert. Die Bremer Diakonie, die sich in den inzwischen 50 Jahren ihres Bestehens schon immer gegen Gewalt engagiert hat, gibt in diesem Jahresbericht einen Überblick über die aktuellen lokalen und internationalen Projekte, die ergänzend und unterstützend zu den Angeboten der Mitgliedsorganisationen existieren.

Gewalt in der Pflege

Im Herbst 2012 hat dieses Thema die öffentliche Diskussion bestimmt. Eine demente Frau war in einem Bremer Altenheim von einer Pflegerin misshandelt worden und der Sohn der alten Dame hatte die Tätlichkeiten heimlich gefilmt.

Schon 2005 wurde das „Bremer Forum gegen Gewalt in Pflege und Betreuung“ gegründet. Das Diakonische Werk Bremen arbeitet von Beginn an mit. Die Idee: Publikationen, Diskussionen und Fortbildungen sollen dazu beitragen, dass Menschen, die Pflege und Betreuung brauchen, möglichst sicher vor Gewalt sind. Gewalt in den Beziehungen zwischen Pflegebedürftigen und Pflegenden darf sich nicht entwickeln. Eine Broschüre mit Basisinformationen (eine Version in leichter Sprache steht ebenfalls zur Verfügung) soll für das Thema sensibilisieren. Zudem bringt das Diakonische Werk internationale Erfahrungen aus dem Projekt „Breaking the Taboo II“ (EU-gefördertes „Daphne“-Projekt zur Bekämpfung von Gewalt gegen ältere Frauen) mit ein.

Im Sommer 2012 hat die Diakonie Bremen zudem unter Schirmherrschaft der Senatorin für Soziales einen Ideenwettbewerb ausgeschrieben, um Vorschläge und Best-Practice-Beispiele zum Thema Gewaltprävention zu ermitteln. Die Preisverleihung fand im Januar 2013 statt. Die diakonische Stiftung Friedehorst hat den Wettbewerb mit einem Standard zur Verhinderung sexueller Gewalt in der Behindertenarbeit gewonnen.

Gewalt gegen Schutzbefohlene

2012 sind endlich greifbare Ergebnisse bei der Aufarbeitung der Gewalt in der Heimerziehung zwischen Nachkriegszeit und Siebziger Jahren auch für die Situation in Bremen erzielt worden. In dieser Zeit haben sich auch Diakonie und Kirche schuldig gemacht. Umso wichtiger ist die schonungslose Aufarbeitung dieses Kapitels.

Das Versagen beim Schutz der Heimkinder dieser Jahre vor Gewalt dient heute als unmissverständliche Mahnung, Gewalt in der Erziehung konsequent zu ächten und gegenüber jedermann zu verfolgen. (S.15)

www.eurodiaconia.eu

www.menschenrecht-auf-wohnen.de

www.diakonie-bremen.de/ueber-uns/european-projects

DEKADE ZUR ÜBERWINDUNG VON GEWALT

Gewalt und Geschäft

Gewalt und „Geschäft“ können eine unheilige Allianz bilden, die wohl nirgendwo deutlicher zutage tritt wie in Prostitution und Zwangsprostitution. Die Beratungsstelle im Haus der Diakonie BBMEZ arbeitet seit zehn Jahren an diesem Thema. (S.12)

Die 2012 vom Diakonischen Werk gegründete Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung wendet sich gegen Gewalt und Ausbeutung in Berufszweigen und Gewerben aller Art. Häufige und auch von einzelnen gerne angenommene „Schwarzarbeit“ mag als Basis einer Pyramide von Ausbeutung und Gewalt in Arbeitsverhältnissen angesehen werden, an deren Spitze international operierende Kriminelle andere Menschen in einer modernen Form der Sklaverei halten. Versprochene Löhne werden mit Höchstmieten für kümmerliche Unterkünfte „verrechnet“ oder hohe Vermittlungsgebühren für Jobs ohne jeden Arbeitsschutz sind abzuarbeiten. Die Beratung der Diakonie wird im Rahmen eines von der EU finanzierten Projektes (Home, ISEC) im Netzwerk mit Beratungsstellen in Rumänien angeboten. (S.14)

Häusliche Gewalt

Kampf gegen Gewalt ist zurzeit Schwerpunkt der internationalen Netzwerkarbeit. In einer Lernpartnerschaft im Grundtvig Programm der EU geht die Diakonie 2012/13 gemeinsam mit rumänischen und türkischen Partnern der Frage nach, wie Freiwillige in Netzwerken einen Beitrag im Kampf gegen häusliche Gewalt leisten können. Partner sind eine Beratungs- und Schutzeinrichtung für Frauen in Rumänien (Brasov) und eine Bildungsinitiative in der Türkei (Sinop), die sich schwerpunktmäßig an Männer richtet. Die Besonderheit in Bremen: Das Projektteam hat sich in der Tagesstätte für Menschen mit psychischen Erkrankungen „Wichernhaus“ gebildet. Die Besucherinnen und Besucher beteiligen sich an der Erfassung der verschiedenen in Bremen bestehenden (leider eher zersplitterten) Hilfsangebote und lernen die Situation in den Partnerländern kennen.

Armut und Gewalt

Um 1900 sagte der Zeichner Heinrich Zille zur Wohnungsnot in Berlin: „Man kann mit einer Wohnung einen Menschen genauso töten wie mit einer Axt“ – Bis heute gilt, dass unzureichende Wohnbedingungen für Einzelne und Familien Gewalt gegen die Betroffenen darstellt. Die Beteiligung des Diakonischen Werkes Bremen am „Bremer Bündnis Menschenrecht auf Wohnen“ ist auch ein Beitrag in diesem Kampf gegen Gewalt in all ihren Formen, die nach Lösungen sucht und Opfern eine Stimme geben soll (S.16).

Petra Wulf-Lengner

Beratungsstelle für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution

Termin nach Vereinbarung
T. 0421-34 96 70

Zehn Jahre Beratungsstelle für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution (BBMeZ)

Unterfinanzierung erschwert seit Jahren die Arbeit

Zum zehnjährigen Bestehen hat die diakonische Beratungsstelle für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution (BBMeZ) im Juli 2012 unter der Moderation der Bremer Landesbeauftragte für Frauen, Ulrike Hauffe, zu einem Fachgespräch geladen.

Petra Wulf-Lengner, Leiterin der Beratungsstelle, skizzierte die Geschichte der Beratungsstelle und nutzte das Fachgespräch, um auf deren chronische Unterfinanzierung hinzuweisen. Ferner erläuterte sie die Notwendigkeit auf Landes- und auf Bundesebene einheitliche und klare gesetzliche Regelungen zu realisieren sowie eine stärkere Öffentlichkeit für das Thema Zwangsprostitution und Menschenhandel zu schaffen.

Für die Bremer Politik hatten sich Björn Tschöpe (SPD), Zarah Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen), und Peter Erlansson (Die Linke) an dem Fachgespräch beteiligt. Gemeinsam mit Vertretern der Bremischen Evangelischen Kirche und der Bremer Diakonie als Träger der Einrichtung betonten sie, dass die BBMeZ eine äußerst wichtige Arbeit leiste, die es zu unterstützen gelte.

Die politischen Vertreter sagten zu, sich dafür einzusetzen, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, die zum einen das Thema Menschenhandel und Zwangsprostitution auf die politische Agenda setzen, zum anderen aber auch konkrete Regelungen im Leistungsrecht schaffen soll, um effizienter die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution unterstützen zu können.

Einigkeit bestand auch darin, dass die BBMeZ finanziell besser ausgestattet werden müssse. Bremen unterstützt die Einrichtung jährlich mit 24.000 Euro. Mehr als das Doppelte wäre nötig, damit die Beratung einigermaßen reibungslos funktionieren kann. Das fehlende Geld wird derzeit von Diakonie und Kirche sowie durch Spenden aufgebracht. Inzwischen ist ein wenig Bewegung in die Finanzierungsfrage gekommen. Im November hatte Petra Wulf-Lengner im Gespräch mit Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) über eine Erhöhung der Bremer Unterstützung gesprochen. Konkrete Zahlen konnte sie aber noch nicht nennen.

Politisch ist geplant, fraktionsübergreifend ein Landesprostitutionsgesetz auf den Weg zu bringen, um zumindest für die legale Prostitution gewerbliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Mögliche Steuereinnahmen aus der legalen Prostitution könnten teilweise zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution genutzt werden.

Die Beratungsstelle BBmeZ ist eine Anlaufstelle für Frauen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind und/oder zur Prostitution gezwungen wurden.
Die Problemlagen der Frauen sind vielfältig:

- **Ihnen wurden die Ausweise abgenommen**
- **Sie sind illegal nach Deutschland gelangt und haben keinen Aufenthaltsstatus**
- **Sie sprechen die Sprache nicht**
- **Sie kennen sich in Deutschland nicht aus**
- **Sie befinden sich in einer Zwangslage und verfügen über kein ausreichendes eigenes Einnahmenkonto**

BBMeZ bietet den betroffenen Frauen anonym und unbürokratisch Unterstützung, Beratung und Betreuung an, so dass sie ihre persönliche Situation klären und ändern können.

Die Arbeit der Beratungsstelle

Dargestellt am Schicksal von Svetlana T. (23)

Svetlana T. * ist 23 Jahre alt und hat zwei Kinder. Die junge Frau wurde mit einem Arbeitsversprechen aus Bulgarien nach Bremen gelockt. Doch den versprochenen Job in der Fabrik gab es nicht. Svetlana T. wurde gezwungen, als Prostituierte zu arbeiten. Nachdem die Polizei sie aufgegriffen und an die Beratungsstelle vermittelt hatte, reiste die junge Frau nach Bulgarien zu ihren Kindern zurück. Dort wartete sie auf das Gerichtsverfahren gegen denjenigen, der sie zur Prostitution gezwungen hatte. Die Verhandlung sollte drei Monate später in Bremen beginnen. Der Vater von Svetlanas Kindern und ihr eigener Bruder hatten Kontakte zu den Täterkreisen. Außerdem lebte die Familie des Täters, der zu dieser Zeit in Untersuchungshaft war, im Heimatort von Svetlana T. und übte Druck auf sie aus. Deshalb war es notwendig, dass sie schon vor dem Gerichtsverfahren nach Deutschland kam. Ihre Kinder blieben währenddessen bei den Großeltern.

Die BBMeZ organisierte die Anreise zunächst auf eigene Kosten. Für die Frau wurde außerhalb Bremens eine Unterkunft organisiert, da sie auch in Bremen – dem Ort, an dem sie zur Prostitution gezwungen worden war – gefährdet war. BBMeZ musste Svetlana T. intensiv betreuen, da sie vor Ort niemanden kannte.

Die Klärung der Kostenübernahme war kompliziert, weil Kosten am tatsächlichen Aufenthaltsort vom jeweiligen Leistungsträger übernommen werden: das Bremer Verfahren zur Kostenklärung greift nicht in Niedersachsen, eine Einzelfallklärung war hier erforderlich, SGB II-Leistungsbezug konnte zunächst vorläufig abgeklärt werden. Bis zum Erhalt der ersten Zahlung ging die Beratungsstelle in Vorleistung, da Svetlana T. über keinerlei Geld verfügte.

Die BBMeZ musste dauerhaft vermitteln und immer wieder Notlösungen ausarbeiten, denn die junge Frau kam in ihrer fremden Unterkunft nicht gut zurecht. Sie fühlte sich verloren und einsam. Obwohl der 23-Jährigen wiederholt erklärt wurde, dass sie keinen Kontakt zu ihrem Bruder und dem Vater ihrer Kinder aufnehmen dürfte, da diese ihren Aufenthaltsort an die Täterkreise hätten verraten können, meldete sie sich bei ihrem Bruder.

Nachdem er ihr sagte, dass eines ihrer Kinder schwer verletzt sei, reiste die besorgte Mutter nach Bulgarien. Wie sich jedoch herausstellte, hatte ihr Bruder sie getäuscht, um sie nach Bulgarien zu locken und von ihrer Aussage abzubringen. Im Prozess wurde sie nicht mehr als Zeugin gehört, da die Gefährdungslage durch ihre Reise ad absurdum geführt wurde.

Bis zu diesem Zeitpunkt belief sich die Betreuung der Frau auf etwa 140 Arbeitsstunden, für jeden weiteren Tag einer Gerichtsbegleitung müssten jeweils zehn Stunden hinzu gerechnet werden. Bei vielen entstehenden Kosten geht die Beratungsstelle in Vorleistung. Die Rückabrechnung mit den Behörden ist sehr kompliziert, die letzte ausstehende Zahlung aus dem Fallbeispiel ging ein halbes Jahr nach Vorleistung durch BBMeZ ein.

Die Geschichte von Svetlana T. beschreibt die grundsätzliche Crux der Arbeit der Beratungsstelle: Die Betreuung der Klientinnen ist aufgrund immenser kultureller und gesellschaftlicher Unterschiede sehr aufwändig, oftmals sind Handlungen der Betroffenen nur schwer nach zu vollziehen. Für alle institutionellen Vorgänge ist ein langer Vorlauf notwendig, die Begleitung von Opfern von Menschenhandel erfordert jedoch kurzfristiges Handeln und entsprechende finanzielle und zeitliche Ressourcen.

* Name geändert

Nicola Dreke

Beratungsstelle gegen Arbeitsausbeutung

dreke@diakonie-bremen.de

T. 0176 163 840 01

Beratungsstelle gegen Arbeitsausbeutung

Vollzeitjob für 330 Euro im Monat

Lange hat sich Victor F. * in Bremen in den unterschiedlichsten Bereichen als Hilfskraft angeboten, bis er endlich die Chance bekam, in seinem Beruf als Frisör zu arbeiten. Der Haken an der Sache: Victor arbeitet von Montag bis Sonnabend von 9 bis 18 Uhr und erhält im Monat gerade mal 330 Euro. Sein Chef setzt ihn zudem nach Bedarf ein und erteilt nach Gutdünken Urlaub oder auch nicht.

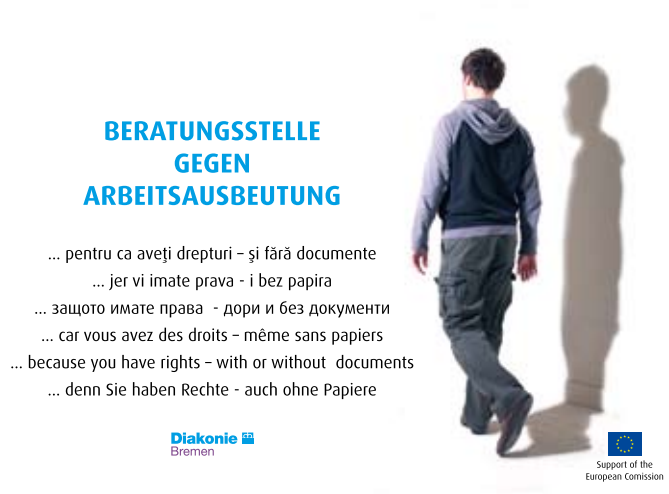
Ein typisches Beispiel, das die verfahrene Situation derer aufzeigt, die unter Missachtung ihrer Rechte auf dem Arbeitsmarkt als billige Arbeitssklaven ausgenutzt werden. So sieht es Nicola Dreke. Denn Victor F. will natürlich sowohl seinen Job behalten als auch vernünftig entlohnt werden. Protestiert er gegen die ausbeuterische Bezahlung wird er wahrscheinlich den Job verlieren. Keine leichte Aufgabe für Nicola Dreke, die seit Januar 2012 in der von der Diakonie getragenen „Beratungsstelle gegen Arbeitsausbeutung“ tätig ist. Die Beratungsstelle wurde im Haus der Diakonie des Vereins für Innere Mission eingerichtet, um mit den dortigen Beratungsangeboten zu kooperieren.

Nicola Dreke will neben der eigentlichen Beratungstätigkeit grundsätzlich für das Thema der Arbeitsausbeutung sensibilisieren. „Oftmals fehlt auf der Seite der so genannten Arbeitgeber das Unrechtsbewusstsein. Manche sehen es vielleicht als Kavaliersdelikt an, eine Haushaltshilfe aus Polen schwarz für einen Hungerlohn zu beschäftigen. Andere sagen, hier bekommen sie doch mehr als in ihrem Heimatland.“
Sichtweisen, denen Nicola Dreke immer wieder begegnet, die sie aber nicht gelten lässt. „Mit diesen Ausflüchten wird verdrängt, dass es sich gelegentlich um strafrechtlich relevante Bedingungen handelt.“ Die Beraterin ist realistisch und weiß, dass es ein langer und schwieriger Weg sein wird, die Problematik der Arbeitsausbeutung im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Denn: „Viel zu viele profitieren davon. Und eben nicht nur die fiesen Menschenhändler, sondern auch Familien oder die öffentliche Hand. Ohne die 150.000 osteuropäischen Frauen in der Pflege beispielsweise wäre unser Pflegesystem schon längst zusammengebrochen. Und öffentliche Großbaustellen würden ohne die Subunternehmer mit halbseidener Personalpolitik deutlich teurer werden.“

Wirtschaftlicher Nutzen steht gegen die Menschenwürde. Oftmals aber auch die Notlage, die Pflege für die Mutter nicht anders finanzieren zu können. Dazu komme das fehlende Mitgefühl für die Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – ihre Heimat verlassen, um in Deutschland Arbeit zu finden. Nicola Dreke: „Die junge Zwangsprostituierte erregt Mitleid, nicht aber der große schwitzende Arbeiter auf der Großbaustelle, der für weniger als sechs Euro die Stunde arbeitet und bei einem Unfall gleich in den Bus gesetzt und zurück nach Rumänien oder Bulgarien geschafft wird.“
Und auch für Victor F. ist es schwer, aus seiner Arbeitsfalle herauszukommen, solange seine Berufsausbildung in Deutschland nicht anerkannt wird. Spricht Nicola Dreke mit seinem Chef, ist er wahrscheinlich den Job los. So überlegt sie, den Inhaber des Frisörgeschäfts zu überzeugen, Victor F. ein Zeugnis zu schreiben, um so dessen Chancen bei weiteren Bewerbungen zu verbessern und zu belegen, dass er sein Handwerk beherrscht. Kleinste Schritte aus dem Weg aus der Arbeitsausbeutung.

Die Beratungsstelle kooperiert mit den rumänischen Partnern AIDROM (Ecumenical Assoociation of Churches in Romania) und der LAMPAS Foundation sowie dem Verein für Internationale Jugendarbeit in Stuttgart (vij). Unterstützt wird das zweijährige Projekt von der Europäischen Union (Home, ISEC-Programm).

*Name geändert



Gegen das Vergessen
Runder Tisch Heimkinder

Im Herbst 2012 wurde vom „Arbeitskreis zur Aufarbeitung der Heimerziehung im Land Bremen“ ein mehr als 100 Seiten starker Bericht über die Heimerziehung in Bremen vorgelegt, der die Situation in der Zeit von 1945 bis 1975 beleuchtet. Als Quellen dienten sowohl vorhandene Materialien in Archiven als auch Gespräche mit knapp 70 ehemaligen Heimkindern. Auch Wilfried Möhlmann, ehemaliger Leiter der St. Petri Kinder- und Jugendhilfe, hat für den diakonischen Jugendhilfeträger an dem Bericht mitgewirkt und die Archive St. Petris geöffnet. Den besonderen Wert dieser Aufarbeitung sieht er gerade in der Beteiligung der früheren Heimkinder. Oberstes Anliegen sei es gewesen, den Betroffenen die Möglichkeit zu geben, über ihre Erfahrungen zu sprechen.

Das sei auch deshalb besonders wichtig, weil den Kindern damals in den Heimen einfach nicht geglaubt wurde, wenn sie von Misshandlungen, Unrecht und Gewalt erzählten – so Dr. Jürgen Stein, stellvertretender Geschäftsführer und Verbandskoordinator des Diakonischen Werks Bremen. Er betont: „Es war meiner Meinung nach der größte Missstand, dass sie keine Möglichkeit hatten sich zu wehren“.

Generell orientierten sich die Erziehungsnormen bis in die 1960er Jahre an obrigkeitsstaatlichen Normen der Unterwerfung unter Autoritäten. Kinder wurden noch 15 bis 20 Jahre nach Kriegsende schulisch unzureichend gefördert, für Bettnässen bloßgestellt, zur Besinnung in den Keller geschickt und zum Wiederessen von Erbrochenem gezwungen. „Gewalt in der Erziehung war in den 50er und 60er Jahren etwas völlig normales. Selbst in den besten Familien wurde geprügelt und eingesperrt“, sagt Dr. Stein. Die „schwarze Pädagogik“ habe also nicht nur in den Heimen eine gewichtige Rolle gespielt.

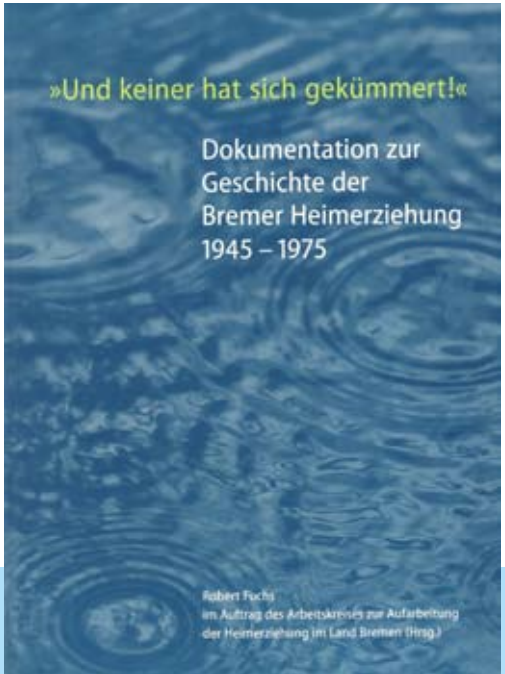
Der Bericht zeigt aber auch, dass einige Heime – wie das St. Petri Heim für Mädchen – Anschluss an die moderneren pädagogischen Ideen jener Zeit fanden. Im Oktober 1949 wurde die ausgebildete Jugendleiterin und ehemalige Schülerin der Jugendamtsleiterin Mintje Bostedt als Leiterin in St. Petri bestellt. Zu ihrem Programm gehörte eine kindgerechte Heimerziehung, also die Bereitstellung eines geordneten Rahmens mit geregeltem Tagesablauf – so der Bericht.

Ein Anschluss an damals moderne pädagogische Ideen fand zwar statt, aber der Personalmangel und die schwierige finanzielle Situation bremsten insgesamt die eingeleiteten Entwicklungen. Es war also nicht ausgeschlossen, dass „von Einzelfällen berichtet wurde, in denen gegenüber den Kindern und Jugendlichen heute nicht mehr akzeptable *Erziehungsformen* angewandt wurden“, so Möhlmann. Es habe aber keine sexuellen Übergriffe oder Zwang zu unbezahlter Arbeit im Heim für Mädchen gegeben. Ein ehemaliges Heimkind aus St. Petri berichtet dazu: „Meistens wurden wir nur zu leichteren Tätigkeiten wie Johannisbeeren pflücken oder ähnlichem eingesetzt. Es kam aber auch vor, dass wir zu den Landwirten der Umgebung zum richtigen Arbeiten ausgeliehen wurden, beispielsweise für 50 Pfennig am Tag zur Kartoffelernte“.

Der Bericht verdeutlicht auch wie wichtig die Einstellung des Hausvaters für das Schicksal der Kinder in den Heimen war: „Der erste Heimleiter in St. Petri war ein Ekel, der zweite ein toller Mensch, immer gerecht. Wie Tag und Nacht zum ersten. Er hat alles richtig gemacht. Manchmal hat er zu uns gesagt: Jungs, ihr gewinnt immer, auch wenn ihr verliert. Der Spruch gefiel mir, er wurde mir zum Leitbild“, sagte ein anderes ehemaliges Heimkind aus St. Petri.

In Alten Eichen, so der Bericht, verbesserten sich die Rahmenbedingungen in den frühen 1970er Jahren deutlich. Die Umstrukturierung fand statt, nachdem der seit 1948 amtierende Hausvater 1963 verstarb. Aus den Zitaten von ehemaligen Heimkindern, die im Bericht abgedruckt sind, wird deutlich, dass der Hausvater in Alten Eichen als fürchterlicher Mensch wahrgenommen wurde. Und auch die Erzieherinnen zeigten demnach keine Gefühle. „Der einzige Lichtblick war die taubstumme Köchin. Sie knuddelte uns Kinder“, berichtet ein ehemaliges Heimkind.

Der vorgelegte Bericht trägt dazu bei, die Vergangenheit aufzuarbeiten und Konsequenzen für die heutige Heimerziehung zu ziehen. Bereits seit rund 30 Jahren findet außerdem in St. Petri ein Ehemaligentreffen im Fünfjahresrhythmus statt. „Wir nutzen diese Feiern, um uns regelmäßig mit den Ehemaligen auszutauschen. Was wir erfahren, fließt natürlich auch in unsere Arbeit ein“, sagt Möhlmann. Auch der Bericht ermöglicht es den Heimen, sich selbstreflexiv der eigenen Geschichte zu stellen und für die Gegenwart daraus zu lernen.



Bremer Arbeitskreis zur Aufarbeitung der Heimerziehung

Ausgelöst wurde die Debatte um die Heimerziehung durch das 2006 erschienene Buch „Schläge im Namen des Herrn“, in dem der Journalist Peter Wensierski die Schicksale ehemaliger Heimkinder nachgezeichnet und eine gesellschaftliche Diskussion angestoßen hat.

Infolge dieser Diskussion wurde der Runde Tisch Heimerziehung unter dem Vorsitz der damaligen Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer gegründet. Dieser forderte die Bundesländer auf, sich an der Aufarbeitung der Geschichte der Heimerziehung von 1949 bis 1975 zu beteiligen.

Darauf gründete sich 2008 in Bremen auf Initiative des Landesjugendamtes der regionale Arbeitskreis, der alle zwei Monate tagte und im Herbst 2012 seinen Bericht vorgelegt hat.

AKTIV GEGEN WOHNUNGSNOT

Alle Informationen zum Bremer Aktionsbündnis **MENSCHENRECHT AUF WOHNEN** unter:
www.menschenrecht-auf-wohnen.de

Wie die Bremer Stadtmusikanten

Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen

Schon seit einiger Zeit ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Bremen sehr angespannt, besonders in Bezug auf Mietwohnungen. Um auf diese schwierige Situation hinzuweisen und für die zahlreichen Betroffenen zu sprechen, gründete sich im März 2012 das vom Diakonischen Werk unterstützte Aktionsbündnis „Menschenrecht auf Wohnen". Mit Diskussionsveranstaltungen und Aktionen möchte das Bündnis die Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit auf die Thematik Wohnungsnot lenken.

Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen fehlt in Bremen und das Problem verschlimmert sich auch dadurch, dass unter den Wohnungssuchenden mittlerweile ein Verdrängungswettbewerb entstanden ist: Jeden Samstag stehen die Studenten, die Alleinerziehenden, Menschen im Hartz-IV-Bezug und die Wohnungslosen gemeinsam vor der Tür eines Vermieters – Konkurrenz der ohnehin Benachteiligten. Dabei ist Wohnen ein Menschenrecht. Das offene Bremer Aktionsbündnis beruft sich auf Artikel 14 der Bremer Landesverfassung, in dem es heißt: „Jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Es ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden, die Verwirklichung dieses Anspruches zu fördern".

Zum Auftakt der Plenarsitzung ermahnte das Aktionsbündnis die gewählten Bürgerschaftsabgeordneten mit der Aktion „Wohnung statt Pappkarton" (am 16. Oktober) diesen Artikel nicht zu vergessen. „Wir möchten die Bürgerschaftsabgeordneten auf eine aktive Arbeit einstimmen, die sie bald leisten müssen", sagt Landesdiakoniepfarrer Michael Schmidt. Mit beschrifteten und bemalten Pappkartons wurde eine Mauer vor der Bürgerschaft errichtet, um die sich Betroffene und Unterstützer ab 13 Uhr versammelten. Außerdem konnten Wohnungsgesuche ausgefüllt und an einer Wäscheleine demonstrativ aufgehängt werden. Die Aktion war ein Blickfang, was Carola Schulz von der Projektgruppe Tenever freut: „Wohnungsnot ist nicht lustig und das sollen die Leute auch mitkriegen".

„Wohnung statt Pappkarton" war bereits die zweite größere Aktion des Bündnisses. Dieses gründete sich nachdem das Thema der Wohnungsnot in der Winterkirche aufgekommen war. Es zeigte sich dort, dass viele Menschen in ganz unterschiedlichen Lebenssituationen von der Sorge um Wohnungsnot betroffen sind. In der Kirche Unser Lieben Frauen wurde daraufhin am 4. Juli 2012 eine Diskussionsveranstaltung mit Betroffenen und Fachleuten – wie dem Senator für Bau, Umwelt und Verkehr, Dr. Joachim Lohse – organisiert. Auch diese Aktion war bereits ein Erfolg, denn es kamen ganz verschiedene Betroffene zu Wort. Das Problem betrifft nämlich nicht nur Obdachlose, sondern auch Menschen mit ausländischen Wurzeln, Studierende, Familien, Alleinerziehende und Rentner.

Auch die zweite Aktion des Bündnisses war gut besucht. Der ehemalige Quartiersmanager, Joachim Barloschky, ist begeistert, dass sich so viele verschiedene Menschen vor der Bürgschaft versammelt haben: „Es scheinen mehr als hundert Leute gekommen zu sein. Das finde ich schon klasse". In seiner Rede betont er, dass das Bündnis die ersten Schritte der Politik in die richtige Richtung begrüßt, aber dass das nicht ausreichen kann. Ähnlich wie die Bremer Stadtmusikanten sollen sich auch Unterstützer und Betroffene zusammenschließen, um ihr Ziel zu erreichen: eine angemessene Wohnung für jeden Bewohner Bremens.

„Jeder Bewohner Bremens hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung."

Man muss es wirklich wollen

Bundesfreiwilligendienst beim Diakonischen Werk Bremen

Ilona Dawideit ist Bundesfreiwillige beim Diakonischen Werk Bremen. Die 63-Jährige arbeitet seit März 2012 bei den Elbe-Weser-Werkstätten (EWW) in Bremerhaven. Dort gibt es über 700 Plätze für psychisch-, geistig-, lern-, körper- und mehrfach behinderte Menschen. Das Ziel der EWW ist die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen, um diesen ein möglichst selbständiges Leben und Arbeiten zu ermöglichen.

Ilona Dawideit hat sich die Einrichtung gezielt ausgesucht und sich dann beim Arbeitsamt informiert. Gerne möchte sie ihre Zeit sinnvoll nutzen: „Ich habe mich schon immer sozial engagiert. Beispielsweise bin ich in der Aktivistengruppe *Warmes Herz*. 2009 haben wir eine Weihnachtsfeier für Menschen organisiert, die sich selbst kein schönes Fest leisten konnten“.

Die Vorerfahrungen im sozialen Bereich helfen Ilona Dawideit bei ihrer Arbeit in den EWW. „Frau Dawideit war dadurch schnell selbständig“, sagt Hatice Alp, Heilerziehungspflegerin und Leiterin der Gruppe, in der Ilona Dawideit ihren Freiwilligendienst leistet.

Sie ist die einzige Bundesfreiwillige bei den EWW und bezeichnet sich selbst als eine Art Pilotprojekt. „Letztes Jahr war noch niemand über den Bundesfreiwilligendienst informiert“, sagt Ilona Dawideit. Auch aus diesem Grund zog sich ihre Bewerbung wesentlich länger hin, als geplant. Die 63-Jährige kam ohne spezielle Ausbildung zu den EWW. „Für uns ist das eine ganz neue Erfahrung, weil sonst eher jüngere Menschen kommen. Aber Frau Dawideit hat sich sehr gut in die Gruppe eingefunden“, sagt Hatice Alp. Das wird deutlich, wenn man Ilona Dawideit begleitet. Überall rufen Menschen ihren Namen, winken oder kommen zu ihr herüber. Sie gehört dazu.

Vielleicht auch deshalb, weil sie durch ihr Alter und ihre Lebenserfahrung die Grenzen besser abstecken kann als jüngere Kollegen. „Unsere Mitarbeiter mit Behinderung testen gerne ihre Grenzen aus. Bei Praktikanten ist das oft ein Problem. Aber Frau Dawideit lässt nicht alles mit sich machen“, lobt Hatice Alp.

In der Konfektionierungsabteilung unterstützt Ilona Dawideit Hatice Alp und Ivonne Sonik. Wenn ein Mitarbeiter sich nicht gut fühlt oder unruhig wird, dann nimmt Ilona Dawideit ihn aus der Gruppe und geht mit ihm einen Kaffee trinken, spazieren oder basteln. Sie kennt von jedem die Eigenarten und weiß genau, was jeder Einzelne braucht. „Das lernt man aber erst mit der Zeit“, betont sie. Voraussetzung sei nur, dass man gerne mit Menschen arbeitet und auf sie zugehen kann.

Außerdem sei ein Gespür für die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderung nötig. „Wenn jemand im Rollstuhl sitzt und beim Essen noch keine Serviette hat, gehe ich natürlich hin und helfe“, sagt Ilona Dawideit. Die Arbeit scheint ihr wirklich sehr am Herzen zu liegen. Das weiß auch Hatice Alp: „Es gibt einzelne Personen, zu denen sie einen besonderen Bezug hat. Zum Beispiel hat sie lange einen demenzkranken Mitarbeiter betreut. Dort liegen ganz klar ihre Stärken“. Die fünfmonatige Arbeit mit diesem Menschen hat Ilona Dawideit auch animiert, eine acht Wochen lange Schulung zur Arbeit mit Demenzkranken zu besuchen. „Das hat mir besonderen Spaß gemacht und liegt mir.“

Sie hofft, später vielleicht eine Teilzeitstelle in diesem Bereich zu finden. Aber erst einmal versucht sie, ihren Bundesfreiwilligendienst um ein halbes Jahr zu verlängern.

Es gibt aber auch Aufgaben, die Ilona Dawideit von Anfang an abgelehnt hat – so zum Beispiel den Toilettendienst. „Ich habe dabei Angst, dass derjenige abrutscht und ich ihn dann nicht abfangen kann, weil ich nicht stark genug bin. Die Verantwortung ist mir zu groß“, sagt sie. Sie müsse nichts tun, was sie sich nicht zutraut. Schließlich soll sie keine reguläre Stelle übernehmen, sondern zusätzliche Angebote schaffen und ihre Vorgesetzten so entlasten. „Meine beiden Chefinnen sind super. Sie nehmen mir Unsicherheiten und unterstützen mich immer. Das finde ich sehr wichtig.“

Wenn die Mitarbeiter und die Vorgesetzten einen akzeptieren, sei es ein toller Job, den sie gerne weiterempfiehlt. Die Aufgaben seien interessant und vielfältig und solange man „fit im Kopf“ sei, spiele auch das eigene Alter keine Rolle. Und ehrlich solle man sein: „Die Mitarbeiter merken es, wenn jemand nur wegen des Geldes herkommt und akzeptieren denjenigen dann nicht“. Und: „Man muss diese Arbeit wirklich wollen. Was anderes bringt nichts!“

Die Nachfolge des Zivildienstes hat der Bundesfreiwilligendienst angetreten. Das Diakonische Werk Bremen bietet den Bundesfreiwilligendienst und das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) an. Der Bundesfreiwilligendienst kann in verschiedenen sozialen Einrichtungen, beispielsweise für Menschen mit Behinderung, (auch in Teilzeit) geleistet werden.

Weitere Informationen unter www.diakonie-bremen.de

Kontakt: Contrescarpe 101 · 28195 Bremen · Tel: 0421/16384-11 oder - 19
vogelfaenger@diakonie-bremen.de
geschaeftsstelle@diakonie-bremen.de

Bücher des Lebens und ein Ort gegen das Vergessen

Grabstelle soll an verstorbene obdachlose Menschen erinnern

Vorbei ist die Zeit, in der wohnungslose Menschen in Bremen nach ihrem Tod anonym zwischen zwei Grabstellen im Friedhofsrasen bestattet wurden. Einen würdigen Ort des Gedenkens wollte Bertold Reetz schaffen, und im Sommer 2012 konnte er seine Idee umsetzen. Bertold Reetz leitet die Wohnungslosenhilfe des Vereins für Innere Mission und brachte die Idee einer Grabstelle für Wohnungslose aus Berlin mit. Wieder in Bremen suchte und fand er Unterstützer für sein Vorhaben.

Für 10.000 Euro – gespendet von Bremerinnen und Bremern sowie der Bremischen Evangelischen Kirche – kaufte der Verein für Innere Mission auf dem Waller Friedhof eine Grabstätte, die von der Familie aufgegeben worden war. Der alte Grabstein wurde von dem Künstler Jub Mönster neu gestaltet. An jeden Menschen, der hier beigesetzt wird, erinnert ein steinernes Buch mit einem Namensschild aus Kupfer auf dem Buchrücken. Bücher des Lebens und wider das Vergessen.

Reetz: „Für uns ist dieser Ort sehr wichtig, denn früher wussten wir nie, wo unsere Leute nach ihrem Tod geblieben sind. In Sammelbestattungen wurden die Urnen auf dem Friedhof vergraben, wo gerade Platz war.“ Oder wie es der Obdachlosenpastor Jürgen Mann von der Inneren Mission formuliert: „Keine Bleibe auf der Erde, keine sichtbare Bleibe unter der Erde.“ „Wir reagieren so auf die Angst der Wohnungslosen, vergessen zu werden, und schaffen mit der Grabstelle eine Bestattungskultur für diese Menschen“, sagt Reetz. Mit letztem Geleit, Trauerfeier und Musik. Reetz: „Die Kumpels können sich so von dem Verstorbenen verabschieden. Auf der Straße sind sie ziemlich gut vernetzt und wissen, wenn jemand gestorben ist.“ Aber nicht immer werde das Angebot, sich an der Trauerfeier zu beteiligen, wahrgenommen, denn gerade „Obdachlose blenden den Tod oft völlig aus. Vielleicht hilft ihnen die Grabstätte ja, auch über diesen Teil des Lebens nachzudenken“, meint Reetz.

Die 16 Quadratmeter große Grabstelle ist für 30 Jahre angemietet und bietet Platz für 96 Urnen. Bertold Reetz geht davon aus, dass im Jahr 15 bis 20 Wohnungslose hier ihre letzte Ruhe finden werden. Bisher verkünden drei Buchrücken von drei Verstorbenen:
H.W. Schönecker, K.W. Brackschulze und Heinz Westerweller.

Reetz betont, dass die Grabstelle mitten auf dem Friedhof liegt und nicht etwa am Rand. „Schon die Lage bringt zum Ausdruck, dass obdachlose und arme Menschen ein Teil der Gesellschaft sind und verleiht ihrem Tod die Würde, die sie im Leben oft genug nicht erfahren durften.“

Filmemacherin Edina Medra

Beim Schnitt wachsen einem die Menschen ans Herz

Zwölf Filme zeigen Möglichkeiten der Freiwilligenarbeit

Die Filmemacherin Edina Medra hat zusammen mit dem Tontechniker und Mediengestalter Stefan Berenthal anderthalb Jahre lang Filme im Auftrag des Diakonischen Werkes gedreht. Zwölf Beiträge sind dabei entstanden, die in drei bis sechs Minuten verschiedene ehrenamtliche Tätigkeiten vorstellen. Aus den 43 Mitgliedseinrichtungen und mehr als 800 Freiwilligen wurden zwölf ausgewählt, die interviewt und bei der Arbeit von der Kamera begleitet wurden.

„Mir ist es besonders wichtig mit den Menschen Zeit zu verbringen“, sagt Edina Medra. Nur so würde man die Interviewten richtig kennenlernen und könne sie authentisch im Film darstellen. „Wenn die Menschen dabei sind zu kochen, wie im Frauenzimmer, dann kann man sie ja nicht einfach unterbrechen“, sagt die Filmemacherin. An dem Drehtag mit Marianne Evans im Frauenzimmer hat das Team sich viel Zeit genommen und sogar mitgegessen. Bei dem Dreh des sizilianischen Festes im Tagestreff Parkstraße mit Silvia Schirmer hatten die Beiden hingegen nur etwa vier Stunden, denn so lange dauerte nun einmal die Veranstaltung.

„Wichtig ist auch, dass die Situation für den Interviewten gemütlich ist und er sich wohlfühlt“, sagt Edina Medra. Die Auswahl des Raumes sei daher typabhängig. So wurde beispielsweise die Seelsorgerin des Krankenhauses DIAKO Huberta Muhle in einem großen Raum mit vielen Menschen interviewt. „Sie war so wesensstark, dass das ging. Und die Bilder sind großartig geworden“, erklärt die Filmemacherin mit strahlenden Augen. Die Menschen müssen in erster Linie „bei ihr“ sein und dürfen sich nicht ablenken lassen. „Deshalb ist mir die Arbeit mit Stefan so wichtig. Wir können beide alles und Stefan hat auch die gute Eigenschaft unauffällig sein zu können“, sagt sie. So wäre es für die Interviewpartner leichter die Kamera und die Angst davor zu vergessen.

Die zwölf Filme sind alle sehr unterschiedlich. Die Tätigkeit und auch die Motivationen sind bei allen verschieden. „Anneliese Röhrßen war viel im Ausland und ist sehr weltgewandt. Sie möchte einfach gerne etwas anpacken“, erinnert sich die Filmemacherin. Anne Kathrin Erken hingegen warte noch auf einen Studienplatz und macht erst einmal ein FSJ im Johanniterhaus.

Von den zwölf interviewten Freiwilligen ist nur einer ein Mann. „Es ist eben kein Ammenmärchen, dass das Ehrenamt von Frauen getragen wird“, sagt Edina Medra. Helmut Ahlbrecht hilft bei der Bahnhofsmission. Der Dreh seines Films dauerte besonders lange, da das Team mit ihm durch den Bahnhof ging. Dabei hat der Freiwillige viel erzählt und die Filmemacherin hat dabei einiges gelernt: „Der Bahnhof ist mir als Ort erst durch ihn richtig bewusst geworden“.

Einen Lieblingsfilm möchte Edina Medra aber lieber nicht benennen: „Während man sich beim Schnitt mit den Menschen auseinandersetzt und versucht sie in ihrer Gesamtheit darzustellen, verbringt man viel Zeit mit ihnen. Man lernt die Personen kennen und sie wachsen einem ans Herz“. Trotzdem gibt es aber eine Person, mit der sich die Filmemacherin am meisten identifizieren kann. Die freiwillige Patin bei „Pflegekinder in Bremen“, Carola Leferink, hat das Filmteam zu sich nach Hause eingeladen. Dadurch wirkt der Film auch besonders gemütlich. Er dauert fast sieben Minuten und ist damit der längste. „Ich konnte mich von Frau Leferink inhaltlich einfach nicht trennen. Sie hat viele schlaue Sachen gesagt“, erinnert sich Edina Medra. Außerdem schade es auch der Glaubwürdigkeit zu viel wegzuschneiden. Beim Ansehen des Films ärgert sich die Filmemacherin über einen kleinen Blaustich, den man beim ersten Betrachten gar nicht bemerkt. „Das sind wahrscheinlich nur Sachen, die mir auffallen“, sieht sie ein. „Aber man bleibt in der Entwicklung stehen, wenn man zu selbstzufrieden wird“.

Seit dem Dreh der Filme denkt Edina Medra auch oft darüber nach welchem Ehrenamt sie sich wohl nähern würde. „Ich fand alle Arbeitsbereiche sehr spannend. Aber ich denke ich würde Patin werden“, sagte sie lächelnd. Große Hochachtung habe sie beispielsweise auch vor der Arbeit von Frau Muhle, aber dafür bräuchte man auch eine besondere Stärke. Nicht jedes Ehrenamt sei eben für jeden geeignet, aber für jeden lässt sich bei den vielen Möglichkeiten das passende finden.

FFF - Filmfest für Freiwillige

Im Kino Gondel

Mehr als 800 Freiwillige engagieren sich in den Einrichtungen des Diakonischen Werkes Bremen. Zwölf von ihnen haben die Filmemacherin Edina Medra und ihr Kollege Stefan Berenthal im Auftrag des Diakonischen Werkes filmisch portraitiert.

Sie arbeiten in der ehrenamtlichen Krankenhausseelsorge, als Modeberaterin im Anziehungspunkt, in der Bahnhofsmission oder engagieren sich als Kunsttherapeuten im Tagestreff für behinderte Menschen. Die Vielfalt der Einsatzmöglichkeiten ist überraschend und wird in den Filmen deutlich.

Das Diakonische Werk hatte als kleines Dankeschön Freiwillige im September zu einem Filmfest in das Kino Gondel eingeladen und eine Auswahl der Filme gezeigt. Anschließend nutzten die Besucherinnen und Besucher des Filmfestes die Gelegenheit, bei einem Gläschen Saft oder Sekt über das freiwillige Engagement und die unterschiedlichen Tätigkeiten ins Gespräch zu kommen.

Alle Filme sind auf der Internetseite des Diakonischen Werkes Bremen und auf der Internetplattform YouTube zu sehen.

„Der Bahnhof ist mir als Ort erst durch ihn richtig bewusst geworden.“

Sozialarbeit lebt in Rumänien von privatem und kirchlichem Engagement

Auch nach EU-Beitritt wenig staatlicher Einsatz – Diakonie pflegt Partnerschaft mit Schäßburg

Seit 40 Jahren pflegt das Diakonische Werk Bremen eine Partnerschaft mit der evangelischen Gemeinde in Schäßburg (Rumänien). Die Stadt liegt in Siebenbürgen am Rande der Karparten oder anders gesagt: Sighişoara liegt in Transsilvanien, dem Reich der Sachsen und „Vampire“. Das klingt doch gleich viel exotischer. Malerisch präsentiert sich denn auch das Leben der Sachsen oben aus dem Berg: mittelalterliche Gassen und Häuser, Kopfsteinpflaster und alte Wehrtürme. Weit und breit kein sozialistischer Plattenbau, die sind unten in der Stadt. Auf der Burg dagegen atmet die Geschichte. Kein Wunder also, dass immer wieder Busladungen von Touristen sich einmal durch den Ort fotografieren. Schäßburg mausert sich.

Dennoch sind die Bedingungen, unter denen die auf knapp 500 Seelen geschrumpfte Gemeinde der Sachsen lebt, keineswegs so rosarot, wie es auf den ersten touristischen Blick scheinen mag. Auch wenn sich in den 40 Jahren der Partnerschaft mit dem Diakonischen Werk Bremen und insbesondere seit dem Sturz und Tod des Diktators Nicolae Ceauçescus vieles sehr zum Besseren gewandelt hat.

Mit der Unterstützung aus Bremen ist es der Gemeinde von Pastor Bruno Fröhlich gelungen, mit der Gründung der Diakoniestation eine soziale Infrastruktur zu schaffen, die insbesondere den vielen alten Gemeindemitgliedern zugutekommt. Dazu gehören ein kleines Pflegeheim mit acht Plätzen (Pflegenest), Essen auf Rädern und ein ambulanter Besuchs- und Pflegedienst. Diese Angebote sind immens wichtig, weil nach dem Sturz des Regimes gerade die jungen Siebenbürger ausgewandert sind, um sich im Westen ein neues Leben aufzubauen. Zurückgeblieben sind die Alten und Kranken, die von winzigen Renten und gerade auf den Dörfern weiterhin unter einfachsten Bedingungen leben und unbedingt Unterstützung benötigen. Die Durchschnittsrente liegt bei 760 Lei, etwa 170 Euro. Das bedeutet auch in Rumänien bitterste Armut.

In Schäßburg leitet Erika Duma die Diakoniestation. Mit ihren Kolleginnen betreut sich die acht Seniorinnen und Senioren im Pflegenest und fährt mit ihrem Auto durch die Stadt und über die Dörfer, um mittags die so genannten Kostschalen (Henkelmänner) mit dem Essen auszuteilen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ihrer Arbeit ist der ambulante Besuchs- und Pflegedienst. Erika Duma: „Gerade auf den Dörfern ist es wichtig, dass jemand nach den betagten Menschen sieht.“ Erst kürzlich ist eine alte Frau in ihrem Häuschen mit Brunnen und Plumpsklo nach einem Schlaganfall gestürzt und konnte sich selbst nicht mehr helfen. Erika Duma erfuhr von einer Nachbarin davon und kümmerte sich.

Von staatlicher Seite können Alte und Hilfebedürftige auch Jahre nach dem EU-Beitritt nicht sehr viel erwarten, sagt Bruno Fröhlich. Soziales Engagement lebe weiterhin gerade von privatem und kirchlichem Einsatz. Oder wie es Ortrun Rhein formuliert, die im etwa 50 Kilometer entfernten Hermannstadt (Sibiu) ein kirchliches Altenheim und Kinderhaus führt: „Es gibt viele unterschiedliche Stimmen, die auf die soziale Not aufmerksam machen. Der Staat registriert sie schon, aber er fühlt sich nicht unbedingt verantwortlich, selber Veränderungen mitzugestalten.“ Und weiter: „Kirchliche und private Träger werden nicht als Partner angesehen.“

Ähnliche Erfahrungen machen Pastor Bruno Fröhlich und Dieter König, der die Geschäfte der evangelischen Gemeinde in Schäßburg führt. So müsse die Diakoniestation der Siebenbürger Sachsen auf staatliche Unterstützung verzichten und sei weiterhin auf Hilfe aus Bremen angewiesen. Bruno Fröhlich: „Aber wir stellen hier natürlich auch einiges auf die Beine und tragen etwa die Hälfte der Kosten.“

Dies gelingt auch, weil die Gemeinde nach dem Fall des Regimes ihre früheren Besitztümer zurückerhalten hat. Aber Geschäftsführer Dieter König schränkt ein: „Die Gebäude sind häufig in einem miserablen Zustand. Der Staat hat zum Beispiel die Schulen jahrzehntelang genutzt und herunterkommen lassen. Jetzt droht er mit Mietminderung, wenn die Gemeinde das Dach nicht in Ordnung bringt.“ Auch der Wald ist wieder in den Besitz der Gemeinde gegangen. Aber es darf kein Holz geschlagen werden, weil der Staat ihn zum Schutzwald erklärt hat. So gilt es noch viele Hürden zu nehmen, bis die kleine Gemeinde mit ihren sozialen Einrichtungen komplett auf eigenen Beinen stehen kann.

Im Jahr 2012 haben die Freunde aus Bremen und dem rumänischen Schäßburg ihre langjährige Partnerschaft gefeiert. Gegenseitige Besuche in Bremen und Schäßburg spiegelten die persönliche Ebene der engen Verbindung. Zudem hat das Diakonische Werk eine Jubiläumsfestschrift veröffentlicht, die die unterschiedlichen Facetten der Partnerschaft, ihre Protagonisten und Entstehungsgeschichte beleuchtet. Und die Filmemacherin Edina Medra hat im Auftrag des Diakonischen Werkes den Film „Aus Partnern wurden Freunde“ in Schäßburg gedreht, der insbesondere das dort entstandene und von Bremen geförderte soziale Netzwerk darstellt. In Interviews zeichnen Pastor Bruno Fröhlich und Dieter König die Entwicklung der Partnerschaft nach und beleuchten ihre heutige Bedeutung.

Die Geburtsstunde der Partnerschaft war 1972. Anlass waren große Überschwemmungen, von denen damals auch Rumänien betroffen war. Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche Deutschland regte an, dass die einzelnen diakonischen Landesverbände die protestantischen Gemeinden in Rumänien unterstützen mögen. In den ersten Jahren wurden hauptsächlich Pakete geschickt. An Besuche war noch nicht zu denken. Dies änderte als sich Rumänien für den Tourismus öffnete. Private Kontakte waren geduldet, aber bis 1989, dem Tod Nicolae Ceauçescus, bestand keine Möglichkeit der institutionellen Hilfe. Das Diakonische Werk durfte als Unterstützer nicht in Erscheinung treten. Dann kam die Zäsur. Das Volk erhob sich gegen das Regime und am 25. Dezember 1989 wurde Nicolae Ceauçescu getötet. Der erste offizielle Hilfstransport rollte zum Jahreswechsel 1989/90 von Bremen nach Schäßburg. Etwa ab 1992 haben die Partner gemeinsam begonnen, die soziale Infrastruktur in Schäßburg zu entwickeln.

Spendenkonto: Diakonisches Werk Bremen e.V.
Konto 106 17 12 BLZ 290 501 01
Sparkasse Bremen Stichwort: Schäßburg

Sie zündeten unsere Hütten an, und wir hatten gar nichts mehr

Landraub – die große Jagd nach dem Acker

Großgrundbesitzer und internationale Konzerne übernehmen in einigen Gebieten der Welt riesige Landflächen. Diese dienen dann dem industriellen Anbau von Nahrungs-, Futtermitteln und Energiepflanzen als Exportprodukte. Die lokale Bevölkerung verliert durch die Übernahme ihre Heimat und ihre Ernährungsgrundlage. Diese Form des „Land Grabbing“ (Landraub) betrifft vor allem Afrika, aber auch Asien und Lateinamerika.

Brot für die Welt Bremen setzt sich für das Recht auf Land ein. Denn in vielen Regionen gilt: Nur wer über ausreichend fruchtbares Land verfügt, kann seine Familie ernähren.
Oft geschieht diese Aneignung ohne Kauf- oder Pachtvertrag. Das funktioniert, weil in manchen Gebieten die Einheimischen keine offiziellen Landrechte besitzen. Landflächen gehören der Gemeinschaft. Aber auch wenn Landrechte existieren, ist die Fläche noch nicht gesichert, denn fehlende Bildung verschärft das Problem: „Die Menschen verkaufen Land ohne wirklich zu wissen, welches Ausmaß das hat“, sagt Angela Hesse, Referentin für ökumenische Diakonie in Bremen. Das Geld locke im ersten Moment und die Menschen könnten sich auch gar nicht vorstellen, dass ihnen ihr Land, das sie seit Generationen besitzen, tatsächlich genommen wird.
Durch Umsiedlung und Vertreibung verlieren die Menschen dann ihre Heimat und ihre Ernährungsgrundlage. „Hunger wird durch Landraub gemacht“, betont Angela Hesse. Wie so eine Landvertreibung abläuft erzählte ihr Sanjana aus Indien: „Die Polizisten kamen und zerrten uns heraus. Wir hatten keine Zeit, irgendetwas aus unseren Hütten zu holen. Sie zündeten unsere Hütten an, und wir hatten gar nichts mehr“.

Brot für die Welt versucht zusammen mit Kooperationspartner auf der ganzen Welt den Menschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, zu helfen. Das müssen Projekte sein, die auch zu den Menschen passen. „Es hilft nichts, aus Nomaden Fischer machen zu wollen. Dieser Weg funktioniert nicht“, sagt Angela Hesse. Sobald sie etwas Geld hätten, würden sie sich wieder Vieh kaufen. Wenn Menschen seit vielen Generationen auf eine bestimmte Art leben, sei es schwer daran plötzlich etwas zu ändern. Es sei wichtig, nicht nur auf den Landraub zu reagieren, sondern bereits im Vorfeld aktiv zu werden. Oft sei schon vorher absehbar, was ein Konzern vorhabe. „Es geht dann um Alphabetisierung, die Erläuterung von Rechten und die Hilfe bei der Organisation von Petitionen und Protesten“, sagt die Referentin. Durch Beratung und Hilfestellung im Vorfeld soll der Landraub verhindert werden, bevor er passiert.

Brot für die Welt ist nicht nur vor Ort gegen Landraub aktiv, sondern hat das Thema auch in Deutschland auf die politische Agenda gesetzt. In Bremen organisierte die Hilfsorganisation 2012 eine Reihe von Vorträgen und öffentlichen Veranstaltungen zur Problematik „Land Grabbing“. Eine Vortragsreihe im September und Oktober stellte an ausgewählten Beispielen die Ursachen und Folgen von Landraub dar.

Wichtig war auch der Besuch der Landrechte-Aktivistin Ana Alvarez von der Brot-für-die-Welt-Partnerorganisation ASOCIANA aus Argentinien im Juni 2012. Neben einer Abendveranstaltung im Kapital 8 und einem Schulbesuch im Schulzentrum Bördestraße sprach sie auf einer Friedenskundgebung in Bremen Nord über das Thema Landraub in Argentinien. In dem lateinamerikanischen Land verursacht der großflächige Soja-Anbau Hunger bei den Menschen. Argentinisches Sojaöl landet als Biosprit in den Tanks und als Schrot in den Futtertrögen, damit billiges Fleisch produziert werden kann – nicht für die Menschen in Argentinien natürlich, die mit dem Land auch ihre Ernährungsgrundlage verlieren.

Um auf diesen Missstand aufmerksam zu machen betreibt Angela Hesse viel Aufklärungsarbeit in den Gemeinden. Ihr geht es dabei darum das Thema Landraub in das Bewusstsein der Menschen zu bringen. Sie rät dazu weniger Fleisch zu essen (Landraub für Viehfutter), auf das Auto häufiger zu verzichten (Landraub für Energiepflanzen) und die Lebensmittelverschwendung zu vermeiden. „Das Mindesthaltbarkeitsdatum wird immer mehr herabgesetzt, damit Menschen Essen wegwerfen und neues kaufen“, sagt Angela Hesse. Dabei würde sich vieles (außer Fisch und Fleisch) noch wesentlich länger halten. Das Mindesthaltbarkeitsdatum schüre eine Angst, die wegen der vielen Lebensmittelskandale auf fruchtbaren Boden fiele. Angela Hesse betont auch, dass es gar nicht notwendig sei, im Winter Erdbeeren aus China zu essen. Sie rät dazu saisonal und regional einzukaufen. Um das zu unterstützen soll 2013 auch ein Kochbuch erscheinen, das Rezepte für leckere, vegetarische Gerichte enthält. „Das Kochbuch soll ein Zeichen setzen, dass eine andere Ernährung möglich ist und die Bremische Evangelische Kirche dabei voran geht“, sagt Angela Hesse. Die Rezepte für jede Woche sollen durch ein Kalenderformat abwechslungsreich und praktisch präsentiert werden. Dadurch soll jeder einzelne beim Kampf gegen den Landraub mithelfen können.

Auf der Internetseite von Brot für die Welt Bremen gibt es noch ein Angebot, um selbst etwas gegen Landraub zu unternehmen. Briefvorschläge können heruntergeladen werden, durch die sich jeder an seine Bank oder Pensionskasse wenden kann, um nachzufragen, wie das eigene Geld eigentlich investiert wird. Riesige Summen werden nämlich häufig in Ackerflächen in Entwicklungsländern investiert – auf Kosten der Bevölkerung vor Ort. Großinvestoren versprechen den Anlegern Sicherheit und hohe Gewinnpotentiale. Wer sicher gehen möchte, dass die eigenen Ersparnisse und Rentenvorsorge nicht zum Nachteil von Menschen in Entwicklungsländern angelegt werden, kann mit Hilfe der Briefvorlagen bei seiner Bank oder Pensionskasse nachfragen. Auch das ist ein Weg von Brot für die Welt das Thema Landraub stärker in das Bewusstsein zu bringen.

Angela Hesse fasst zusammen: „Wir können alle etwas gegen Landraub tun, indem wir weniger Fleisch essen, häufiger unser Auto stehen lassen und darauf achten, wo unsere Bank unser Geld anlegt“.

Foto: Brot für die Welt

facebook

Die Diakonie Bremen „Gefällt mir“

Das Diakonische Werk Bremen ist nun auch auf dem sozialen Netzwerk Facebook vertreten – auf www.facebook.com/diakonie.bremen

Das neue Facebook-Profil soll die jüngere Generation erreichen, also vor allem derzeitige und zukünftige Freiwillige. Auf der Hauptseite – der so genannten Chronik – stellt sich das Diakonische Werk mit wichtigen Ereignissen von der Gründung 1963 bis heute vor.

Außerdem „postet“ das Diakonische Werk Bremen regelmäßig, um die Fans der Seite auf dem Laufenden zu halten – mit Fotos von FSJ-Seminaren, aktuellen Meldungen vom Diakonischen Werk Bremen und Veranstaltungshinweisen. Alle Beiträge können auch kommentiert, geteilt oder „geliked“ (Gefällt mir) werden. So ist es für jeden Facebook-Nutzer möglich, direkt mit dem Diakonischen Werk in Verbindung zu treten und bei verschiedenen diakonischen Themen aktiv mit zu diskutieren.

Anders als bei privaten Seiten, kann man sich mit einer Unternehmensseite nicht „befreunden“. Durch das Anklicken des „Gefällt mir“ Buttons wird der angemeldete Nutzer ein Fan der Seite. Sobald der Button „Gefällt mir“ markiert wurde, hat der Nutzer alle Nachrichten dieser Seite abonniert. Sie erscheinen dann in den eigenen Neuigkeiten. So wird keine aktuelle Meldung vom Diakonischen Werk mehr verpasst.

Also: Anklicken lohnt sich auf jeden Fall!

Diakonie Bremen
Mitglieder

Almata-Stift Friedehorst gGmbH
Alten Eichen Perspektiven für Kinder & Jugendliche gGmbH
Ambulante Drogenhilfe gGmbH
Berufsförderungswerk Friedehorst gGmbH
Bremer ökumenisches Wohnheim e.V.
Bremer Treff e.V.
Bremische Evangelische Kirche (BEK)
Bremer Seemannsmission e.V.
Christliche Elterinitiative e.V.
Christlicher Verein Junger Menschen e.V.
Deutscher Evangelischer Frauenbund, OV Bremen
DIAKO Ev. Diakonie-Krankenhaus gGmbH
Diakonische Behindertenhilfe Lilienthal gGmbH
Diakonische Jugendhilfe Bremen gGmbH
Diakonisches Werk Bremerhaven e.V.
Die Pflege - Mobiler Dienst Bremen gGmbH
Dienste für Menschen mit Behinderungen Friedehorst gGmbH
Dienste für Senioren und Pflege Friedehorst gGmbH
Egestorff-Stiftung-Altenheim Gemeinnützige Pflegegesellschaft mbH
Evangelisch-Freikirchliches Diakoniewerk Bremen e.V.
Evangelische Beratungsstelle e.V.
Evangelisches Diakonissenmutterhaus e.V.
Freunde des Johanniterhauses Bremen e.V.
Freundeskreis Suchtkrankenhilfe Landesverband Bremen e.V.
Friedehorst gGmbH
Haus der Zukunft e.V.
Heilsarmee in Deutschland - Korps Bremen
Johanniterhaus gGmbH
Johanniter-Haus-Pflege gGmbH
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.
Kirchliche Stiftung mission:menschlich
menschen:erleben e.V.
Mission:Lebenshaus gemeinnützige GmbH
Neurologisches Rehabilitationszentrum Friedehorst gGmbH
Reha Aktiv Friedehorst gGmbH
Sozialer Friedensdienst e.V.
Stiftung Adelenstift Heidberg
Stiftung Friedehorst
Stiftung Haus Seefahrt
St. Petri Kinder- und Jugendhilfe gGmbH
Verein für Innere Mission in Bremen
Verwaiste Eltern und Geschwister Bremen e.V.
Zuflucht Ökumenische Ausländerarbeit e.V.

Organigramm

Diakonisches Werk Bremen e.V.

Wir sind für Sie da:

Geschäftsstelle

Diakonisches Werk Bremen e. V.
Contrescarpe 101
28195 Bremen

Tel: 0421/16 38 4-0
Fax: 0421/16 38 4-20
geschaeftsstelle@diakonie-bremen.de
www.diakonie-bremen.de

Öffnungszeiten
Mo – Do: 8.30 – 16:00 Uhr
Fr: 8.30 – 12:00 Uhr

Spendenkonto
Konto 106 17 12
BLZ 290 501 01
Sparkasse Bremen

Geschäftsführung und Verbandsarbeit

Michael Schmidt
Landespfarrer und Geschäftsführer
Tel.: 0421/163 84-15
schmidt@diakonie-bremen.de

Dr. Jürgen Stein
Stellvertretender Geschäftsführer, Verbandskoordinator
Tel.: 0421/16384-16
stein@diakonie-bremen.de

Sekretariat

Christine Scholz-Timmann
Tel.: 0421/163 84-10
scholz-timmann@diakonie-bremen.de

Waltraud Hesse
Tel.: 0421/163 84-10
hessew@diakonie-bremen.de

Freiwilliges Soziales Jahr · Bundesfreiwilligendienst

Ulrike Diedrich
Tel.: 0421/163 84-13
diedrich@diakonie-bremen.de

Susanne Fricke
Tel.: 0421/163 84-13
fricke@diakonie-bremen.de

Alexandra Maksimovic
Tel.: 0421/163 84-19
maksimovic@diakonie-bremen.de

Judith Nagel
Tel.: 0421/163 84-19
nagel@diakonie-bremen.de

Bernd Ostermeier
Tel.: 0421/163 84-18
ostermeier@diakonie-bremen.de

Andrea Vogelfänger (Teamleitung)
Tel.: 0421/163 84-12
vogelfaenger@diakonie-bremen.de

Verwaltung Freiwilligendienste

Corinna Forschner
Tel.: 0421/163 84-11
forschner@diakonie-bremen.de

Ökumenische Diakonie-Brot für die Welt

Angela Hesse
Tel.: 0421/163 84-14
hesse@diakonie-bremen.de

Projekte

Nicola Dreke
Tel.: 0176/163 84 001
dreke@diakonie-bremen.de

Öffentlichkeitsarbeit

Ingo Hartel
Tel.: 0421/16384-17
hartel@diakonie-bremen.de

Impressum

Herausgeber:
Diakonisches Werk Bremen e.V.
Contrescarpe 101
28195 Bremen
www.diakonie-bremen.de

Redaktion:
Michael Schmidt, Dr. Jürgen Stein, Ingo Hartel,
Mitarbeit Regina G. Gruse

Fotos:
Ingo Hartel
Angela Hesse
Regina G. Gruse
Brot für die Welt

Gestaltung:
Sabine Schellhorn · www.sabschell.de

© Diakonisches Werk Bremen e.V.
Bremen, Januar 2013